

Avanti

2

Theoriebeilage

Frauenbefreiung und
Arbeiterbewegung
von
Cinzia Arruzza

ISO Rhein-Neckar

NEIN ZUM KRIEG!

BR-WAHLEN 2022



KLASSENKAMPF NUR VON OBEN?

INHALT

TITEL

- 01 BR-WAHLEN 2022**
Klassenkampf nur von oben?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Präsidentschaftswahlen

KLASSENKAMPF

- 03 BR-WAHLEN 2022**
Klassenkampf nur von oben?

INTERNATIONALER FRAUENTAG

- 04 FRAUENRECHTE**
Kein Nebenwiderspruch

- 05 BETRIEBSRATSARBEIT**
Nichts für Frauen?

KRIEG

- 06 UKRAINE**
Nein zum Krieg

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine hat die Krise des Weltkapitalismus eine neue Stufe erreicht.

„Sanktionen“, Waffenlieferungen und weiteres Drehen an der Rüstungsspirale sind die Antworten der Bundesregierung. Dazu sagen wir NEIN!

Zum Glück protestieren weltweit Millionen Menschen gegen den verbrecherischen Krieg in Osteuropa. Besonders mutig sind die Demonstrierenden in Russland selbst.

In Zeiten wie diesen ist die dringendste Aufgabe, eine grenzüberschreitende Massenbewegung gegen den Krieg aufzubauen. Nur so sind die zynischen Nutznießer des überlebten Profitsystems in Ost wie West zu stoppen.

Weitere wichtige Themen in der März-Ausgabe von *Avanti*² sind natürlich die anstehenden Betriebsratswahlen und der Internationale Frauentag.

In der Theoriebeilage befasst sich Cinzia Arruzza mit dem Verhältnis von Frauen- und Arbeiterbewegung.

Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

INHALT

HOLOCAUST-VERHARMLOSUNG

- 08 IMPFEGGNER**
Vom Holocaust zum „Babycaust“?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 09 PROMINENT**
BR im Visier

- 10 BR-WAHL 2022**
Rauhe Zeiten?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 11 BR-WAHLEN 2022**
Was tun

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 VOR 100 JAHREN**
Metallarbeiterstreik 1922?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

- 01 FRAUENBEFREIUNG**
Feminismus und Marxismus

Präsidentschaftswahlen in Frankreich Macrons Angst vor Philippe Poutou

E. B.

Der französischen Tageszeitung *Libération* zufolge möchte Staatspräsident Macron nicht mit Philippe Poutou im Fernsehen diskutieren. Das besagten Informationen aus Macrons Umfeld.

„In Macronien wünscht man sich nicht, dass Philippe Poutou [...] den Staatschef mit verbalen Salven angreift“, berichtete das Blatt am 7. Februar 2022. Bei den Präsidentschaftswahlen 2017 hatte Poutou nämlich den Rechten Fillon und die Faschistin Le Pen während einer landesweit ausgestrahlten TV-Debatte demonstriert.

Undemokratisches Wahlsystem

Allerdings ist noch gar nicht sicher, ob Poutou die formelle Zulassung für die erste Runde der Präsidentschaftswahl erhält. Denn die politische Klasse Frankreichs hat sich gegen unliebsame Konkurrenz gesetzlich abgesichert.

Ab 1962 waren 50 formale Stützunterschriften („Parrainages“) von gewählten offiziellen Amtsträgern erforderlich, um die Zulassung zur Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen zu erhalten. 1969 wurde die Hürde auf 100 erhöht und seit 1976 gar auf 500.

Nicht nur Wissenschaftler sind der Ansicht, dass dies letztendlich illegal ist. Das amtierende politische Personal dürfe nicht die Wahl des Staatsoberhauptes beeinflussen. Vielmehr seien Unterschriften von Wählerinnen und Wählern erforderlich.

Aktive der NPA haben nach Angaben der Partei in den letzten Monaten rund 10.000 politische Amtspersonen wegen der Stützunterschriften persönlich kontaktiert. Wenige Tage vor Ablauf der

offiziellen Abgabefrist fehlen aber noch rund 200 „Parrainages“.

Soziale Gewalt

Für Philippe Poutou ist das kein Grund aufzugeben. Vielmehr prangert er unermüdlich eine zunehmend gewalttätigere Gesellschaft an, in der „die Arroganz und Unanständigkeit der Reichen“ zur Schau gestellt werde.

Philippe ist überzeugt davon, dass sich die kämpferische und antikapitalistische Linke zusammenschließen muss. Das ist auch eine zentrale Botschaft seiner Kampagne (<https://poutou2022.org/>). ■



Poutou in der Pariser Universität 8, 10. Februar 2022.

Foto: Photographie Rouge / Martin Noda / Hans Lucas

Betriebsratswahlen 2022

Klassenkampf nur von oben?

H. N.

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2022 wählen Millionen Beschäftigte ihre Interessenvertretungen. Trotz der massiven Einschränkungen von Demokratie in der Arbeitswelt sind die BR-Wahlen für die arbeitende Klasse von großer Bedeutung.

Es macht einen spürbaren Unterschied für Beschäftigte, ob es in „ihrem“ Unternehmen einen Betriebsrat und insbesondere ob es einen aktiven, kämpferischen BR gibt – oder nicht. Dennoch spielen die bevorstehenden Betriebsratswahlen in der veröffentlichten Meinung und selbst in weiten Teilen der politischen Linken praktisch keine Rolle.

Zurückdrängen von Betriebsräten

Nach den uns bekannten Zahlen arbeiten in Westdeutschland nur noch 42 Prozent der Beschäftigten in einer Firma mit Betriebsrat, im Osten sogar lediglich 35 Prozent. Noch Mitte der 1990er Jahre waren es 51 Prozent im Westen und 43 Prozent im Osten. Besonders stark ist der Rückgang in mittelgroßen Betrieben mit 51 bis 500 Beschäftigten.

Diese Entwicklung ist Resultat des zunehmend aggressiveren Klassenkampfes von oben. Hinzu kommt eine weitere Folge der kapitalistischen Globalisierung: „Wenige Riesen dominieren weltweit ihre Branchen. Die Konzentration von Geld und Macht verändert die Wirtschaft.“ (FR vom 28.10.2017.)

Das bestätigt die große Studie der ETH Zürich von 2011. 147 von insgesamt 43.060 Konzernen kontrollierten damals rund 40 Prozent der am Umsatz gemessenen Weltwirtschaft.

Beherrscher der Konzerne

Diese nie gekannte Ballung wirtschaftlicher Kraft bedeutet, dass sich das „Recht des Stärkeren“ durchsetzen kann.

Trotz oder wegen der Coronapandemie brach die von *Forbes* am 21. Mai 2021 veröffentlichte Liste der Milliardäre alle bisherigen Rekorde. Deren Zahl stieg gegenüber 2020 um 660 auf 2.755, und ihr Vermögen wuchs um fünf Billionen US-Dollar auf insgesamt 13,1 Billionen US-Dollar.

Gleiches gilt für Deutschland. 138 Milliardäre im Jahr 2021 bedeuten im Vergleich zu 2020 einen Anstieg um 35,2 %.

Neoliberaler Umbau

Am 11. September 1973 fand ein von den USA unterstützter Militärputsch gegen den demokratisch gewählten linken Präsidenten Chiles, Allende, statt. Seitdem treiben die Herrschenden den neoliberalen Umbau des Kapitalismus unter dem Motto „Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung“ in allen Bereichen voran.

Mittlerweile sprechen sie von einer „Transformation“, die durch „Digitalisierung“, „Diversität“, „Elektromobilität“ und „Nachhaltigkeit“ gekennzeichnet sei.

Ein wesentliches Resultat der Neoliberalismus ist die zunehmend tiefer werdende soziale Kluft zwischen den superreichen 0,1 % und der großen Mehrheit. Die weitere Spaltung und politische Schwächung der arbeitenden Klasse und nicht zuletzt die ungebremste Fahrt in die ökologische Katastrophe sind damit untrennbar verknüpft.

„Diktatur der Zahlen“

In Unternehmen wird die „Diktatur der Zahlen“ mit immer größerer Rücksichtslosigkeit durchgesetzt. Um Nr. 1 in einem Geschäftsbereich zu werden, findet folgende Strategie Anwendung: Aufkaufen (bevorzugt von Konkurrenten), Ausschachten, Aufspalten, Verlagern, Verkaufen oder Schließen.

Betriebsräte, Gewerkschaften, Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen gelten dann vor allem als Profit-Bremsen, die aus Sicht von Konzernspitzen zu bekämpfen sind.

Diese rauen Methoden verursachen einen enormen Druck auf Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen. Um diesem Druck standhalten zu können, ist eine bessere und bewusstere Organisation der Gegenmacht der arbeitenden Klasse erforderlich – im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

Was tun?

Dem Klassenkampf von oben ist also Widerstand von unten entgegenzusetzen. Das ist schnell formuliert, aber nur mit einem langen Atem und einem klaren Denken zu erreichen.

Aktiven Betriebsräten kommt dabei trotz aller gesetzlichen Beschränkungen eine besondere Rolle zu. Erfahrungsgemäß stärkt sie die Umsetzung folgender Punkte:

- Systematische gewerkschaftspolitische Qualifizierung
- Aufbau eines „harten Kerns“ im Betriebsrat
- Aktivierende Vertrauensleutearbeit
- Planmäßige gewerkschaftliche Organisation der Belegschaft
- Bewusste Förderung der betrieblichen Aktionsfähigkeit
- Geduldige Stärkung solidarischer und kämpferischer Netzwerke.

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 2022 werden zeigen, wie stark die Basis betrieblicher Gegenmacht ist. ■



In der Turbinenschauelfabrik Bexbach, 2. November 2016.

Foto: Avanti².

Weltfrauentag in Zeiten der Pandemie

Ein Gespräch zweier Frauen und Mütter

Der 8. März, der Internationale Frauenkampftag, entstand als Initiative von Sozialistinnen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Er steht für die Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen und für das Ziel der Überwindung der Unterdrückung von Frauen. Im Folgenden sprechen zwei Genossinnen über die Bedeutung des 8. März für sie selbst und über ihre ganz persönliche Situation als Frauen und Mütter.

Mareike: Hallo Nadja, Du bist Frau, angehende Lehrerin und Mutter von drei Kindern. Was bedeutet Dir der Weltfrauentag?

Nadja: Für mich ist der 8. März sehr wichtig. Er steht in der Tradition einer sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenbewegung, die sich für eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung einsetzt. Durch die Mobilisierung zum Frauenstreik begann mir bewusst zu werden, wie sehr Geschlechterverhältnisse in der Unterdrückung von Menschen eine Rolle spielen und wie sehr ich als Frau davon betroffen bin.

Gerade in den letzten beiden Jahren der Pandemie hat sich vieles verschärft. Als

Mutter bin ich nochmal viel stärker in ein traditionelles Rollenbild gerutscht, dem ich nie entsprechen wollte.

Mareike: Woran hast Du das bemerkt?

Nadja: Ich habe sehr viel Kindersorge übernommen und habe meine eigenen Anliegen in den Hintergrund gestellt. Ich war schwanger, war im Beschäftigungsverbot. Diese Zeit und die anschließende Elternzeit wollte ich eigentlich dafür nutzen, mich auf eine Promotion vorzubereiten. Dann kam der erste längere Lockdown und es gab keine Kinderbetreuung. Später haben mein Partner und ich aus Sorge um die Gesundheit der Kinder entschieden, sie nicht in der Kita betreuen zu lassen. Auch dann habe ich die Kinder betreut, da ich ja

offiziell in Elternzeit war.

Wie war das bei dir?

Mareike: Bei mir war das sehr ähnlich. Ich habe, wie Du, kleine Kinder und wollte in den letzten beiden Jahren mein Studium abschließen. In der Pandemie habe ich jedoch den allergrößten Teil der Zeit damit verbracht, meine Kinder zu versorgen. Mein Mann arbeitet im Gesundheitsbereich und war daher beruflich stark ausgelastet, konnte sich wenig um die Kinder kümmern.

Nadja: Auch im Bereich der Lohnarbeit waren Frauen besonders von der Pandemie betroffen: Es fehlt ja allgemein an Schutzmaßnahmen in Betrieben. Auch sind viele Frauen in Berufen tätig, in denen sie sich



8. März 2021 in Paris.

Foto: Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas.

weniger schützen können. Zum Beispiel im Bereich der Erziehung und Pflege. Da hat sich der schon zuvor bestehende Personal-mangel weiter verschärft.

Mareike: Ja, der Kindergarten meiner Kinder wird aufgrund von Personal-mangel jeden Tag früher geschlossen. Ich kann beobachten, dass fast ausschließlich Frauen vor den Kindergartentüren stehen und ihre Kinder nach den verkürzten Betreuungszeiten abholen. Das sind Frauen in unterschiedlichen Berufen: Ärztinnen, Lehrerinnen, Studentinnen, Köchinnen ...

Nadja: Die Frauen müssen ja dafür in ihrer Lohnarbeit zurückstecken. Dadurch verstärkt sich auch die finanzielle Abhängigkeit vieler Frauen von ihrem Partner. Sie sind besonders von Armut und Gewalt zuhause betroffen.

Mareike: Ja, den Internationalen Frauentag sehe ich deswegen als wichtige Gelegenheit, Menschen dafür zu sensibilisieren, dass Frauenunterdrückung noch immer ein großes Thema ist. Das fängt schon bei der Erziehung von Mädchen und Jungen an.

Ich bin damit groß geworden, dass mein Körper, sowie der aller Frauen in meinem Alter, vor allem unter dem Aspekt der Schönheit betrachtet wurde, der „fuckability“ [der „sexuellen Attraktivität“]. In meiner Schule wurde intensives „Slut Shaming“ [„Schlampen-Dreschen“] betrieben: Mädchen mussten ein T-Shirt tragen, weil



8. März 2020 in Paris.

sonst „zu viel“ von ihrem Körper gesehen worden wäre, und um Lehrer und Schüler nicht vom Unterricht abzulenken. Heute erlebe ich das vor allem, wenn mir beim Stillen gesagt wird, ich solle meine Brust nicht in der Öffentlichkeit zeigen. Die ständige Bewertung unserer Körper hält uns Frauen davon ab, unser ganzes Potenzial entfalten zu können.

Viele Menschen meinen ja, Frauen und Männer seien in Deutschland völlig gleichberechtigt. Gleichzeitig stirbt jeden dritten

Foto: Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas.

Tag eine Frau in Deutschland durch die Hand ihres „Partners“ oder Ex-„Partners“.

Nadja: Das ist grauenvoll!

Ich muss jetzt los zu meinen Kindern. Aber wir sehen uns spätestens am 8. März in Heidelberg um 16:00 Uhr am Uni-platz. In Mannheim findet um 16:30 Uhr im Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung statt, und ab 17:30 Uhr startet von dort aus eine Demo des Feministischen Bündnisses.

Mareike: Wir sehen uns auf jeden Fall. Bis dann! ■

BR-Arbeit in einem Industriebetrieb Kein Zuckerschlecken für Frauen?

Im Vorfeld der anstehenden Betriebsratswahlen haben wir Ende Februar 2022 mit Angelica gesprochen, einer gewerkschaftlich aktiven Kollegin aus einem großen industriellen Unternehmen in der Region Rhein-Neckar.*

Vor welchen Herausforderungen steht aktuell Euer Betriebsrat?

Die Gegenseite treibt strategisch den Umbau des Standorts voran. Unter anderem geht es um die Verlagerung von Produktionslinien in Billiglohnländer. Gleichzeitig steuert sie indirekt den Betriebsrat, indem sie ihn taktisch in alle möglichen Firmenprojekte einbindet. Damit gelingt es ihr, BR-Ressourcen zu belegen. Zeit und Kraft fehlen dann den aktiven Betriebsratsmitgliedern, um zum Beispiel konsequent auf die korrekte Umsetzung der geltenden Betriebsvereinbarung zum ganzheitlichen Gesundheitsschutz (GFA / GFB) drängen zu können.

Sind diese Probleme der Belegschaft

und insbesondere dem gewerkschaftlich organisierten Teil bewusst?

Nein. Die Kommunikation des Betriebsrats mit der Belegschaft hat durch die Pandemie schwer gelitten. Die meisten BR-Mitglieder haben sich in das „Homeoffice“ zurückgezogen. Betriebsversammlungen sind nicht mehr durchgeführt worden.

Wie hoch ist der Frauenanteil in der Firma und im Betriebsrat?

In der Firma ungefähr 17% und im Gremium etwa 20 %.

Gibt es betriebliche Themen, die für die Kolleginnen von besonderem Interesse sind?

Nein. Alle wesentlichen betrieblichen The-

men betreffen Kollegen wie Kolleginnen. Bisher ist meines Wissens an den Betriebsrat kein Thema herangetragen worden, das nur Frauen betrifft.

Siehst Du Dich als Betriebsrätin benachteiligt?

Nein.

Du kandidierst erneut. Wofür willst Du Dich nach einer Wiederwahl besonders einsetzen?

Vor allem für den Erhalt unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie für den Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb. ■

*[Der Name der Kollegin ist aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert. Die Frage stellte W. A.]

Nein zum Überfall auf die Ukraine!

Die Kriegstreiber in Ost und West stoppen!

KO.-RN.

Mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat das Putin-Regime deutlich gemacht, dass es sich – koste es, was es wolle – neben USA, EU und China als viertes Imperium auf Weltebene etablieren will. Der seit 2014 schwelende militärische „Konflikt“ zwischen Russland und der Ukraine ist nun in offenen Krieg umgeschlagen.

Kriegsrhetorik und Kriegsvorbereitung

In den letzten Wochen vor dem Überfall auf die Ukraine erleben wir ein verlogenes Schauspiel zwischen Ost und West.

Beide Seiten warnten vor einer weiteren Eskalation und bereiteten die „eigene“ Bevölkerung auf mögliche Kriegsfolgen vor. Beide Seiten wollten damit deutlich machen, dass sie bereit wären, bis zum „Äußersten“ zu gehen.

Eine solche Kriegsrhetorik gab es seit Jahrzehnten nicht mehr. Anstatt die Lage zu entschärfen, wurde damit Öl ins Feuer



Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg in Mannheim, 15.02.2022.



Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg in Mannheim, 15.02.2022.

er gegossen. Das dadurch erzeugte Klima führte letztendlich in eine gefährliche Sackgasse.

Der Überfall auf die Ukraine ist ein Fanal. Es belegt, dass Kriegsführung auch in Europa wieder auf der Agenda der Herrschenden steht.

Kriegsbündnis NATO unter US-Führung

Politisch und militärisch stehen sich auf unserem Kontinent Russland und das weit überlegene „Verteidigungsbündnis“ NATO unter US-Führung in einem sich zuspitzenden Konflikt gegenüber.

Am Ende könnten nach Russland auch die herrschenden Klassen im Westen Krieg verstärkt als „alternativlosen Ausweg“ darstellen. Auf jeden Fall werden sie die weitere Hochrüstung beschleunigen und die Akzeptanz von Kriegsführung vorantreiben.

Im Zusammenhang mit der deutschen „Wiedervereinigung“ und der Auflösung des Warschauer Pakts wurde Russland ein neutrales Deutschland und die Auflösung der NATO in Aussicht gestellt.

Stattdessen ist auch das vereinigte Deutschland NATO-Mitglied. Mit der NATO-Osterweiterung rückte dieses Kriegsbündnis immer näher an die Grenzen Russlands heran und erhöhte so den militärischen Druck. Diese Politik hat den Frieden in Europa nicht erhalten!



Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg in Mannheim, 15.02.2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Aggressor Russland

Die russische Führung reagierte auf die NATO nicht mit Friedenspolitik, sondern mit direkter und indirekter militärischer Aggression.

Nach dem „Euro-Maidan“ und der darauffolgenden West-Orientierung der Ukraine ließ sie 2014 die Krim von der russischen Armee zuerst besetzen und dann annektieren. Und Russland unterstützte die bewaffneten pro-russischen Separatisten in Donezk und Lugansk.

Putins Regime ist ebenso wenig ein Friedensstifter wie die NATO. Sein Ziel ist es, nicht nur die Ausbreitung der NATO in Osteuropa stoppen und sie von dort zurückdrängen.

Putin ist der „starke Mann“ des russischen Großkapitals, der „Oligarchen“. Er ist als fanatischer Gegner der Oktoberrevolution bekannt. Deshalb hat er es sich auch vor wenigen Tagen nicht nehmen lassen, die Ukraine als ein künstlich von Lenin geschaffenes Gebilde ohne „echte Staatlichkeit“ zu bezeichnen.

Das strategische Ziel Putins und der neuen Bourgeoisie Russlands ist offenbar die Wiederherstellung eines „großrussischen Reiches“. Nicht umsonst hat die russische Führung im letzten Jahr die ihrer Herrschaft gefährlich gewordenen Massenproteste unterdrücken lassen.

Gegen Aufrüstung und Krieg

Im Jahr 2020 betrugen laut SIPRI die weltweiten Militärausgaben rund zwei Billionen US-Dollar. Die Hälfte davon entfällt auf die NATO und vor allem auf die USA. Mit diesem Geld könnte weltweit der Hunger beseitigt, die Armut überwunden, die Pandemie bekämpft, die Klimakatastrophe abgewehrt und die Bil-

dung von allen Menschen sichergestellt werden.

Die Herrschenden führen Kriege um Macht, Einfluss und Profite. Sie fordern von den arbeitenden Klassen sinnlose Opfer, ob als uniformiertes oder als ziviles Bombenopfer und Kanonenfutter. Von den menschlichen, sozialen, psychischen, kulturellen und ökologischen Verheerungen ganz zu schweigen.

Die internationalen Linke und die Gewerkschaftsbewegung sind jetzt gefordert, massiv gegen Aufrüstung und Krieg zu mobilisieren.

Was tun?

In dieser gefährlichen Situation müssen die Gewerkschaften und die Antikriegsbewegung sowohl den Überfall Russlands auf die Ukraine als auch die Verantwortung der US-geführten NATO für die Eskalation verurteilen.

Umgehend sollten jetzt nicht nur Demonstrationen, sondern auch Arbeitsniederlegungen sowohl gegen den Krieg in der Ukraine als auch gegen die Kriegstreiber im Westen organisiert werden.

Unsere uneingeschränkte Solidarität verdienen insbesondere diejenigen Bewegungen in der Ukraine, die gegen Putins Überfall und gegen die antidemokratische Privatisierung ihres Landes durch Oligarchen kämpfen. Und natürlich stehen wir auf der Seite derjenigen, die in Russland selbst für ein Ende des Krieges eintreten.

Wir fordern die sofortige Beendigung der russischen Aggression gegen die Ukraine. Die russischen Streitkräfte müssen von dort ebenso abgezogen werden wie die NATO-Truppen aus Osteuropa. Sämtliche Waffenlieferungen sind zu stoppen. Die von der NATO geforderte weitere Steigerung der Rüstungsausgaben ist zu verhindern. Deutschland muss raus aus der NATO.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Holocaust-Verharmloser Annen In Weinheim vor Gericht

H. S.

Der bundesweit bekannte religiös-fundamentalistische Abtreibungsgegner Klaus Günter Annen aus Weinheim kämpft seit über zwei Jahrzehnten mit blutrünstigen Bildern toter Föten und mit Verleumdungen („Abtreibung ist Mord“) gegen Schwangerschaftsabbrüche.

In der Öffentlichkeit und über seine Webseite greift er dabei regelmäßig zu Holocaust-Vergleichen. Wer dort nachschaut, liest gleich in roter Schrift: „Der Holocaust der Nazis ist der Inbegriff des Grauens im Dritten Reich. Gibt es eine Steigerungsform der grausamen Verbrechen? Ja es gibt sie. Gestern KZs, heute OPs.“

Vor diesem Hintergrund fand am 15. Februar 2022 vor dem Amtsgericht Weinheim ein Strafverfahren gegen Annen und unmittelbar zuvor eine Protestkundgebung statt.

Nein zur Verharmlosung des Holocausts

Organisatorin der Protestaktion von rund 60 Menschen vor dem Gerichtsgebäude war die Giordano-Bruno-Stiftung. Zur Sprache gebracht wurden dort die Diffamierung der Ärztin Kristina Hänel durch Annen. Er hatte die Medizinerin als „Auftragsmörderin“ verleumdet.

Vor allem aber wurde dessen Gleichsetzung von Schwangerschaftsabbrüchen mit dem Holocaust thematisiert. Er verhöhne die Opfer des Holocaust und verharmlose die Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti.

Unter anderem gab es bei der Kundgebung Redebeiträge der Giordano-Bruno-Stiftung, der Anne-Frank-Stiftung, von „Omas gegen Rechts“, „Doctors for Choice“, des Feministischen Bündnisses Heidelberg und von Kristina Hänel selbst.

Staatsanwaltschaft: „Keine Volksverhetzung“

Die Staatsanwaltschaft Mannheim lehnte schon im Vorfeld eine Strafverfolgung Annens wegen Volksverhetzung durch Verharmlosung des Holocaust gem. § 130 Abs. 3 StGB ab. Sie ließ nur ein Verfahren wegen Beleidigung zu. Annen versuche, mit seinen provozierenden Holocaust-Vergleichen vor allem Öffentlichkeit für seine Abtreibungskritik zu bekommen.

Laut Staatsanwaltschaft hat keine Bagatellisierung des Holocausts in quantitativer oder qualitativer Hinsicht stattgefunden. Vielmehr werde der Holocaust auf Annens Webseite als „Inbe-

griff des Grauens“ und als „grausames Verbrechen“ bezeichnet. Annen finde zwar das Abtreiben von Föten noch schlimmer, das sei aber keine Verharmlosung des Holocausts, sondern eine „maßlose“ Übertreibung bezüglich der Schwangerschaftsabbrüche.

Bei so viel Realitätsverkennung ist zu fragen, was eigentlich noch geschehen muss, bis die Staatsanwaltschaft gegen solche Volksverhetzer vorgeht.

Verfolgung des Antifaschismus

Bei Antifaschisten hat man da in der Vergangenheit weniger Skrupel gehabt. Beispielsweise wurde 2005 ein Student wegen des Zeigens „verbotener Naziabzeichen“ angezeigt und bestraft. Er hatte am Rucksack einen Button mit einem Hakenkreuz befestigt, das nach Art eines Halteverbotsschilds rot durchgestrichen war. Bei einer Demonstration wurde sein Button von einem Polizisten konfisziert.

Wenige Monate später stand er vor Gericht. Das Urteil lautete schuldig im Sinne der Anklage. 50 Euro sollte er an die Gedenkstätte eines Konzentrationslagers spenden. Das Urteil wurde dann zwar im Revisionsverfahren aufgehoben. Aber es macht deutlich, dass damals wie heute mit zweierlei Maß gemessen wird.

Skandalöses Urteil

Es ist ein Skandal, dass im Strafverfahren in Weinheim die Holocaust-Verharmlosung nicht verhandelt worden ist. Annen muss lediglich wegen Beleidigung 1.200 Euro zahlen. Dadurch kann der selbsternannte „Lebensschützer“ seine unsäglichsten Holocaust-Vergleiche auch weiterhin ungestraft in die Öffentlichkeit tragen.

Dass es ihm dabei keineswegs um den Schutz des Lebens geht, zeigen die Beiträge zur Corona-Pandemie auf seiner Internetseite „Babycast.de“. Hier mausert sich der besorgte „Lebensschützer“ zu einem radikalen Impfgegner, der den hunderttausendfachen Tod der am meisten gefährdeten alten und vorerkrankten Menschen bedenkenlos in Kauf nimmt.



Kundgebung in Weinheim, 15. Februar 2022.

Foto: Privat.

Betriebsratswahl bei ProMinent Heidelberg

Firmen-Liste soll bestehenden Betriebsrat kippen

O. T.

In den letzten Ausgaben von *Avanti*² haben wir über die Einflussnahme der Geschäftsleitung auf die BR-Wahlen beim Pumpenhersteller ProMinent in Heidelberg (700 Beschäftigte) berichtet. Besondere Bedeutung hat dieser Vorgang, weil der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Rainer Dulger, selbst Teil der Geschäftsleitung ist.

Die Machenschaften bei ProMinent werfen ein bezeichnendes Licht auf das Verständnis des BDA-Präsidenten von „Mitbestimmung“ im Betrieb und seine Auslegung des Betriebsverfassungsgesetzes.

In einem Aushang im Januar 2022 hatte die Geschäftsleitung (GL) die „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ aufgefordert, den amtierenden „destruktiven und zu teuren“ Betriebsrat bei der bevorstehenden BR-Wahl abzuwählen. Stattdessen sollten sie einen Betriebsrat wählen, der „konstruktiv“ und gemeinsam mit dem Management die Unternehmensvorgaben umsetzt.

Wunschatalog des Managements

Kaum war der Aushang der GL am Schwarzen Brett, hat sich auch schon umgehend eine „Initiative Pro ProMinent“ der Belegschaft sowohl per Intranet als auch mit Flugblättern vorgestellt.

Unter dem Motto „Gemeinsam für Veränderung“ treten nun 17 Kandidatinnen und Kandidaten mit einer eigenen Liste gegen die in der IG Metall organisierten Betriebsräte an. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt.

Die vorgestellten „Programmpunkte“ dieser Liste sind inhaltslose Allgemeinplätze. Sie entsprechen dem Wunschdenken der Unternehmensführung. Da tauchen Worthülsen wie „Konstruktive Zusammenarbeit“, „Fokus auf Sachthemen“, „Agiles Handeln“, „Zukunftsorientiertes Denken“, „Stillstand = Rückschritt“, „Transparenz“ und „Miteinander“ auf.

„Pro ProMinent“ ist ein Produkt der Geschäftsleitung, um in Zukunft noch aggressiver die Rechte des Betriebsrats und der Beschäftigten missachten zu können.

Verhinderung der Persönlichkeitswahl

Diese „gelbe“ Liste gibt wie zum Hohn vor, eine „starke Vertretung“ der Beschäftigten sein zu wollen. Eine Belegschaft, die sich auf so eine „Vertretung“ verlassen müsste, würde in einem Albtraum aufwachen.

Die ursprüngliche Absicht des Betriebsrats und der IG Metall war es, wie bisher eine Persönlichkeitswahl durchzuführen. Es wäre also eine offene Liste ausgelegt worden, in die sich alle Kandidatinnen und Kandidaten hätten eintragen können.

Durch die Aufstellung ihrer eigenen Liste hat die „Initiative Pro ProMinent“ die Persönlichkeitswahl unmöglich gemacht und die Listenwahl provoziert. Jede und jeder Wahlberechtigte kann jetzt statt 11 Stimmen (Anzahl der zu wählenden BR-Mitglieder) nur noch eine einzige Stimme für eine der beiden zur Wahl stehenden Listen abgeben.

In der Belegschaft war der Wunsch weit verbreitet, die ihr als am ehesten geeignet erscheinenden Personen wählen zu können.

Dieser Wunsch der Belegschaft ist von „Pro ProMinent“ skrupellos missachtet worden. Nicht zuletzt dadurch zeigt sich, wessen Interessen diese dem Management nahestehende Liste vertritt.

Drohender Arbeitsplatzabbau

Offenbar plant die Geschäftsleitung die Verlagerung der Produktion von Dosiersystemen nach Tschechien und die der Pumpenfertigung EVO 1S sowie möglicherweise auch der Entwicklung nach China. Das droht, viele Arbeits- und Ausbildungsplätze bei ProMinent Heidelberg zu vernichten.

Mittlerweile wird zudem gemunkelt, dass auch die Informationstechnologie nach Tschechien verlagert werden könnte. Solche und drohende weitere „Restrukturierungen“ etwa als Folge der „Digitalisierung“ machen deutlich, was auf dem Spiel steht.

Die Belegschaft von ProMinent entscheidet darüber, ob sich in dieser Situation die Liste „Pro ProMinent“ als verlängerter Arm der Geschäftsleitung im Betriebsrat festsetzen kann.

Starker IGM-BR erforderlich

Die Beschäftigten von ProMinent sind mehr denn je auf einen starken Betriebsrat angewiesen, der sich gemeinsam mit ihnen für ihre Interessen einsetzt.

Die Kolleginnen und Kollegen sind deshalb gut beraten, die Liste der IG Metall mit ihrer Stimme zu unterstützen.

Sie stimmen damit auch für die Einhaltung der Tarifverträge, die die IG Metall unter anderem für ProMinent abgeschlossen hat. Der Betriebsrat ist rein rechtlich nicht befugt, zum Beispiel den Entgelttarif mit dem Unternehmen auszuhandeln. Das obliegt allein der zuständigen Gewerkschaft IG Metall.

Das ist ein weiteres entscheidendes Argument, um bei der Betriebsratswahl am 5. April für die Liste der IG Metall zu stimmen. ■



Konferenz BR im Visier in Mannheim, 17. Oktober 2020. Foto: helmut-roos@web.de.

Raue Zeiten erfordern aktive Betriebsräte

Zur Betriebsratswahl 2022 (Teil III)*

U. D.

Leider gibt es immer noch Betriebsräte, die nur vor der Betriebsratswahl aus ihrer Passivität erwachen. Wer eine aktive und aktivierende Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit machen will, darf ein solches Verhalten nicht akzeptieren. Wer Engagement fordert, muss im Rahmen seiner Kräfte auch selbst aktiv werden.

Nur wer kontinuierlich sichtbar und ansprechbar ist, kann auf Dauer überzeugen und Unterstützung in der Belegschaft finden. Das Eintreten für eine klare Position der Gegenmacht wird nur glaubwürdig, wenn Betriebsräte sich für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen und keine Konflikte scheuen. Elementar ist dabei, immer die Belegschaft einzubeziehen, zu informieren und zu organisieren.

Strategisch vorgehen

Die meisten Menschen schmieden Pläne, verfolgen Ziele und bereiten ihre Aktivitäten vor. Auch Unternehmen tun das, um schneller oder mehr zu produzieren und ihre Profite zu steigern.

Umso erstaunlicher ist es, dass viele Betriebsräte ihre Arbeit nicht planen. Sie definieren keine Ziele, kümmern sich „nur“ um die unmittelbar anfallenden Probleme oder um das, was „ihr“ Unternehmen ihnen vorlegt. Mit einer strategischen Betriebsratsarbeit hat dies nichts zu tun.

Aber angesichts der realen Unternehmensmacht hat die Festlegung von Zielen und eine gute Arbeitsplanung für Betriebsratsarbeit eine zentrale Bedeutung. Nur so kann man „Kurs halten“ und dem betrieblichen Hamsterrad entkommen.

Gut planen

Auch vor der Betriebsratswahl ist eine gute Planung wichtig, um die eigene Wahlvorbereitung nicht dem Zufall zu überlassen. Trotz aller Unterschiede gibt es dabei Punkte, die in allen Betrieben beachtet werden sollten.

1. Die Wahlen können genutzt werden, um eine Aktivengruppe aufzubauen bzw. diese zu vergrößern.
2. „Geeignete“ Kolleginnen und Kollegen werden frühzeitig auf eine Kandidatur angesprochen.
3. In regelmäßigen Treffen der Aktivengruppe werden die Wahlaktivitäten gemeinsam geplant und die Umsetzung überprüft.
4. Der Aktionsplan enthält die bis zum Wahltermin anstehenden Aktivitäten. Dabei wird das Was, Wie, Wann und Wer so konkret als möglich beschrieben.
5. Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung sollten Teil der Planung sein. Zum Beispiel Abteilungsbesuche und Einzelgespräche, Betriebs- und Abteilungsversammlungen, Diskussionen mit der Belegschaft, mit Vertrauensleuten und Betriebsräten, Erstellung von Flugblättern, T-Shirts und Buttons.
6. Es wird ein „Wahlprogramm“ erstellt, das in kurzen Sätzen die eigenen Positionen und Ziele beschreibt.
7. Die betriebliche Situation und die eigene Kraft müssen ehrlich beurteilt werden, um die vorhandenen Möglichkeiten realistisch einzuschätzen und sich nicht „aufzureiben“.

8. Gerade in kleineren und mittleren Betrieben bietet eine Persönlichkeitswahl den Beschäftigten die größten Einflussmöglichkeiten. Wenn man sich trotzdem für eine Listenwahl entscheidet, muss dies gut begründet und vermittelbar sein. Unabhängig davon, ob es zur Persönlichkeits- oder Listenwahl kommt, wirbt man für sich, die eigenen Kandidatinnen und Kandidaten bzw. die eigene Liste.

Langfristig denken

Ein Betriebsrat kann nicht alleine die Welt ändern oder die gewerkschaftliche und politische Organisation der arbeitenden Klasse ersetzen. Aber es ist ein Unterschied, ob Betriebsräte sozialpartnerschaftliches „Co-Management“ wollen oder ausschließlich im Sinne der Belegschaftsinteressen aktiv sind.

Ein bewusster und aktiver Betriebsrat kann einen wichtigen Beitrag leisten, um die betrieblichen Arbeitsbedingungen zu verbessern, das innerbetriebliche Kräfteverhältnis zu Gunsten der Beschäftigten zu ändern und Klassenbewusstsein in der Belegschaft zu entwickeln.

Alles das sind Gründe genug, um Betriebsratstätigkeit als einen wichtigen Teil gesellschaftspolitischen Engagements im Betrieb zu verstehen und die Betriebsratswahlen gut und ernsthaft vorzubereiten. ■

* [Am 13.11.2021 führte die ISO Rhein-Neckar ein Seminar zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen 2022 durch. Wir berichteten in *Avanti*² von Dezember 2021. In dieser *Avanti*² veröffentlichen wir den dritten und letzten Teil des Referats „Harte Zeiten fordern harte Betriebsräte“. Der erste erschien in *Avanti*² von Januar 2022, der zweite in *Avanti*² von Februar 2022.]



Kundgebung bei Bombardier Mannheim, 16. Juli 2020. Foto: helmut-roos@web.de.

ISO-Infoabend

Die Betriebsratswahlen 2022

R. G.

Die Betriebsratswahlen 2022 sind für die ISO Rhein-Neckar seit Monaten ein zentrales Thema. Inhaltlich und praktisch spiegelt es sich in Seminaren, in regelmäßigen Treffen, der *Avanti*² und in der persönlichen Beratung wider – und nun auch im Februar in unserem monatlichen ISO-Infoabend.

Diesmal gestalteten mehrere Teilnehmende inhaltlich die hybride Veranstaltung. Im Einleitungsreferat wurde die klassenpolitische Bedeutung der Betriebsratswahlen aufgezeigt. Danach informierten und diskutierten Betriebsräte aus der Region über ihre Wahlvorbereitungen und die dabei auftretenden betrieblichen Konflikte.

„Es herrscht Klassenkrieg [...]“

Warren Buffet, einer der reichsten Männer der Welt, soll bereits 2006 gesagt haben: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Davon ausgehend zeigte unser erster Referent auf, wie dieser Feldzug auf staatlicher und auf betrieblicher Ebene geführt werde.

Er sei nicht jederzeit offen sichtbar. Aber der gesamte Staatsapparat von der Verwaltung, der Gesetzgebung, über Polizei und Militär bis hin zu den Schulen sei darauf ausgerichtet, die Verteilung von Macht und Reichtum zu Gunsten einer kleinen Minderheit zu organisieren und abzusichern.

Dasselbe geschehe auch im Betrieb. Wenn auch mit anderen Mitteln. Aber in der Arbeitswelt würden die gegensätzlichen Klasseninteressen von Kapital und Arbeit sehr unmittelbar und deutlich aufeinanderstoßen. Dadurch falle es viel schwerer, diesen Gegensatz zu übertünchen.

Nicht zuletzt deshalb sei Betriebsratsarbeit ein wichtiger Teil der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der arbeitenden Klasse. Trotz aller integrativen gesetzlichen Fesseln des Betriebsverfassungsgesetzes.

Die Kapitaleseite und ihre Helfer seien sich dessen sehr bewusst. Deshalb würden sie mit allen Mitteln versuchen, Betriebsräte entweder „einzubinden“ oder deren Engagement „zu unterbinden“. Eine Folge davon sei, dass immer weniger Beschäftigte einen Betriebsrat und / oder einen Tarifvertrag hätten.

Aus den Höhlen der Löwen

Im Anschluss berichteten BR-Mitglieder aus ihrer betrieblichen Wirklichkeit. Aktive und an den Belegschaftsinteressen orientierte Kollegen und Kolleginnen würden immer häufiger von Unternehmensleitungen attackiert.

Sie würden als arbeitsplatzgefährdend und streitsüchtig diffamiert. Diese Firmensicht würde durchaus auch Unterstützung bei Teilen von Belegschaften finden. Insbesondere bei Kolleginnen und Kollegen mit Nähe zum Management.

Die Bekämpfung durch das Kapital sei gerade auch bei den Betriebsratswahlen spürbar. Firmenleitungen würden sogar zur

Bildung von unternehmensnahen Wahllisten auffordern.

Das Ziel sei offensichtlich: Unternehmen wollten einen Betriebsrat, der ihre Kreise nicht stört und mit dem sich Veränderungen und Personalabbau „sozialverträglich“, aber vor allem schnell, günstig und ohne öffentlichen Lärm umsetzen lassen.

Jetzt, so kurz vor der Wahl, ginge es vor allem noch darum, in der Belegschaft massiv für die eigenen Positionen, die eigenen Kandidatinnen und Kandidaten sowie die eigene Liste zu werben.

Was bleibt zu tun?

Die Diskussion beschäftigte sich unter anderem mit der Frage, welche Betriebsratsarbeit angesichts der sich verschärfenden Krise in Gesellschaft und Arbeitswelt sowie des massiven Rückgangs von Klassenbewusstsein notwendig sei.

Unternehmensnahe Listen seien ein direktes Instrument, um im „Klassenkrieg“ die ideologischen Positionen des Kapitals in die Belegschaft zu tragen. Das müsse deutlich gemacht und darauf politisch geantwortet werden. So ginge es konkret darum, ob die Belegschaft einen aktiven und bei Bedarf konfliktfähigen Betriebsrat oder einen „abnickenden“ wolle.

Aber zusätzlich zu den BR-Wahlen müsse es ein Ziel sein, eine Basis von Aktiven auch außerhalb des Betriebsrates aufzubauen. Nur dadurch könne eine breite Organisation, Aktivierung und Einbeziehung der Beschäftigten erreicht werden. Nur ein solches über den Betriebsrat hinausgehendes gewerkschaftliches Engagement mache es möglich, Gegenmacht im Betrieb aufzubauen und erfolgreich weiter zu entwickeln. ■



Kundgebung bei GE Mannheim, 6. September 2016.

Foto: Avanti².

Vor 100 Jahren Kampf um die Arbeitszeit

M. G.

Eine der wichtigsten tarifpolitischen Errungenschaften im Gefolge der Novemberrevolution war der 8-Stundentag – damals bei einer 6-Tagewoche.

Mit dem Heidelberger Abkommen von 1919 war für die süddeutsche Metallindustrie sogar die 46-Stundenwoche vereinbart worden. Die Kapitalisten wollten jedoch das Rad zurückdrehen.

Das Auslaufen des Tarifvertrags zur Wochenarbeitszeit Ende 1921 bot ihnen die Chance zum Gegenangriff. Taktisch klug schlugen sie die Rückkehr zur 48-Stundenwoche in Verbindung mit einer besseren Urlaubs- und Überstundenregelung vor.

Dieses Ansinnen lehnten die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter in einer Urabstimmung am 13. Februar 1922 ab. Aber die anschließend gefällten Schiedssprüche in Württemberg und Bayern bestätigten die Position der Kapitaleseite.

Streik und Aussperrung

Während die gelben Gewerkschaften die Schlichtung billigten, rief der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) zu Schwerpunktstreiks auf. Daran waren nach gewerkschaftlichen Angaben über 200.000 Beschäftigte beteiligt.

Die Antwort des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller war die Massenaussperrung der Belegschaften in Süddeutschland ab Mitte März 1922. Der Konflikt war zu einem nationalen Kräfterennen zwischen Kapital und Arbeit geworden. Mit einer gegen den Streik gerichteten Stimmungsmache flankierte die

bürgerliche Presse intensiv die Auseinandersetzung.

Inflationsbedingt leerten sich die Streikkassen des DMV sehr schnell. Zudem war die reichsweite Solidarität der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu schwach entwickelt. Der in einigen Regionen über zwölf Wochen andauernde Arbeitskampf endete deshalb mit einer Niederlage der Gewerkschaft.

„Dämpfung des Herrendünkels“?

Der DMV sah sich gezwungen, den „Kompromiß“-Vorschlag des Vertreters der bayerischen Staats-Regierung vom 19. Mai 1922 anzunehmen. Diese letztlich in allen Tarifgebieten Süddeutschlands übernommene Festlegung ließ nur formal die 46-Stundenwoche unangetastet. Denn sie räumte den Firmenleitungen das Recht ein, nach vorheriger Unterrichtung des Betriebsrates jederzeit eine 48 Stundenwoche anzuordnen.

Der DMV stellte in der *Metallarbeiter-Zeitung* vom 3. Juni 1922 den Arbeitskampf trotzdem als erfolgreiche „Dämpfung des Herrendünkels“ dar.

Die Metallindustriellen sahen hingegen in diesem Konflikt nicht nur den Auftakt für weitere Vorstöße zur Verlängerung der Arbeitszeit, sondern zur Bekämpfung der Gewerkschaften. Knapp elf Jahre später wurden die deutsche Arbeiterbewegung durch die Errichtung der faschistischen Diktatur zerschlagen. ■

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 05.03.2022, 16:30 Uhr, Schweigemarsch gegen den Ukraine-Krieg, Alter Meßplatz MA*
- SO, 06.03.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 08.03.2022, 16:00 Uhr, Frauentags-Demo, Uniplatz HD*
- DI, 08.03.2022, 16:30 Uhr, DGB-Frauentags-Veranstaltung, Gewerkschaftshaus MA*
- DI, 08.03.2022, 17:30 Uhr, Frauentags-Demo, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 10.03.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 10.03.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 24.03.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- FR, 25.03.2022, Globaler Klimastreik*
- FR, 25.03.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend*

*[Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

